

Große Anfrage

der Abgeordneten Jürgen Trittin, Katharina Dröge, Margarete Bause, Dr. Konstantin von Notz, Agnieszka Brugger, Kai Gehring, Dieter Janecek, Tabea Rößner, Lisa Badum, Steffi Lemke, Uwe Kekeritz, Dr. Franziska Brantner, Claudia Roth (Augsburg), Ottmar von Holtz, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Claudia Müller, Katja Keul, Dr. Tobias Lindner, Omid Nouripour, Cem Özdemir, Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Luise Amtsberg, Dr. Anna Christmann, Katja Dörner, Anja Hajduk, Britta Haßelmann, Maria Klein-Schmeink, Christian Kühn (Tübingen), Dr. Irene Mihalic, Filiz Polat, Stefan Schmidt, Margit Stumpp, Markus Tressel, Dr. Julia Verlinden und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Weg zu einer gemeinsamen wertebasierten und realistischen China-Politik der EU

Im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft wird Deutschland am 14. September 2020 in Leipzig einen EU-China-Gipfel ausrichten. Die Europäische Union (EU) und China verbinden „dauerhafte Beziehungen“ (https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/communication-eu-china-a-strategic-outlook_de.pdf). So ist China der zweitgrößte Handelspartner der EU, die EU Chinas größter. Doch China verändert sich nach Ansicht der Fragesteller – im Innern wie im internationalen Auftreten. Der Leipzig-Gipfel fällt damit in eine Zeit der Neujustierung des europäisch-chinesischen Verhältnisses.

Innenpolitisch wird nach Auffassung der Fragesteller das chinesische System autoritärer. Präsident Xi Jinping hat die Macht zunehmend auf seine Person konzentriert. 2018 hat der chinesische Nationale Volkskongress auch die konstitutionellen Hürden für eine unbegrenzte Herrschaftsdauer abgeschafft. Parallel dazu erfährt die Kommunistische Partei eine Wiederaufwertung im Rahmen eines „zentralisierten, hierarchischen Systems“ mit Xi Jinping im Zentrum (<https://www.merics.org/de/china-monitor/the-party-leads-on-everything>). Mit dieser Entwicklung geht eine kontinuierliche Verschlechterung der menschenrechtlichen Situation einher (<https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/china-unter-der-aktuellen-regierung-hat-sich-die-menschenrechtslage>). Staatliche Kontrolle greift immer stärker in alle Lebensbereiche ein, u. a. über den Einsatz von Überwachungssystemen wie Gesichtserkennung und die Einführung von Sozial-Kredit-Systemen für Menschen und Unternehmen. Zensur und Selbstzensur in den Massenmedien, der Wissenschaft und im Internet nehmen seit Jahren zu. Zwangsarbeit in Arbeitslagern, die massive Umsetzung der Todesstrafe sowie die systematische Unterdrückung politischer DissidentInnen und religiöser Minderheiten in China geben ebenfalls Anlass zu großer Sorge.

- In Xinjiang finden systematische massenhafte Menschenrechtsverletzungen statt durch die rechtswidrige Internierung und lückenlose polizeistaatliche Überwachung hunderttausender Uigurinnen und Uiguren sowie anderer

Minderheiten (<https://www.nytimes.com/interactive/2019/11/16/world/asia/china-xinjiang-documents.html>). Die Veröffentlichung als geheim eingestuftes chinesisches Regierungsdokument, der sogenannten China Cables, bestätigt das Ausmaß der Unterdrückung (<https://projekte.sueddeutsche.de/artikel/politik/das-sind-die-china-cables-e185468/>).

- In der Autonomen Region Tibet sowie in den darüber hinausragenden tibetischen Siedlungsgebieten in China dauert die kulturelle und religiöse Unterdrückung der ethnischen Tibeterinnen und Tibeter an (<https://www.hrw.org/news/2018/07/29/china-crackdown-tibetan-social-groups>).
- In Hongkong steht vor dem Hintergrund der dort seit Sommer 2019 andauernden Proteste die internationale Verlässlichkeit Chinas auf dem Prüfstand. Es geht um die Frage, ob die völkerrechtliche Vereinbarung „ein Land, zwei Systeme“ respektiert wird oder nicht.
- Die Fragesteller stellen die Ein-China-Politik nicht in Frage. Zu einer einseitigen Einverleibung Taiwans durch die Volksrepublik China oder einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen China und Taiwan darf es jedoch nicht kommen.

Außenpolitisch tritt China zunehmend offensiv auf. Unter Xi Jinping wurde das seit Deng Xiaoping geltende Prinzip der außenpolitischen Zurückhaltung aufgegeben (<https://www.swp-berlin.org/publikation/china-im-wettstreit-mit-den-usa-um-globalen-einfluss/>). Das globale Wirtschafts- und Investitionsprojekt Belt and Road Initiative (BRI) ist dabei das zentrale Instrument der neuen geopolitischen Strategie Chinas. Dazu gehört auch die „polare Seidenstraße“ als Kern der chinesischen Arktis-Politik (<https://www.swp-berlin.org/publikation/polarmacht-usa-mit-volldampf-in-die-arktis/>). Die BRI birgt nach Ansicht der Fragesteller Chancen, aber auch Risiken. Gerade strukturschwache Regionen können von der Kooperation beim Ausbau lokaler Infrastruktur profitieren. Doch angesichts steigender Verschuldung und der Verletzung von Klima- und Umweltstandards sowie Arbeitsnormen und Menschenrechten ist die Nachhaltigkeit vieler BRI-Projekte aus Sicht der Fragesteller mindestens fragwürdig (<https://www.handelsblatt.com/politik/international/handelsbeziehungen-zwischen-traum-und-wirklichkeit-der-kampf-um-chinas-seidenstrasse/24250980.html>). China nutzt die BRI zur Einflussnahme, gerade über die Setzung chinesischer Normen und Standards. Wirtschaftliche Abhängigkeiten werden von Peking genutzt, um in multilateralen Institutionen Einfluss auf das Abstimmungsverhalten der betreffenden Staaten zu nehmen (vgl. z. B. <https://www.dw.com/de/china-zementiert-einfluss-auf-mekong-staaten/a-42124811>).

Neben der Bilateralisierung der Außenbeziehungen über Initiativen wie die BRI setzt China auch auf subregionale Sonderformate wie die China-Mittel-Ost-Europa-Gipfel, auch „16 plus 1“ genannt, seit dem Beitritt Griechenlands „17 plus 1“. Das Sekretariat ist in Peking, Generalsekretär ist ein chinesischer Vizeaußenminister. Angesichts nationaler Alleingänge in den Beziehungen zu China wie u. a. im Rahmen von „16/17 plus 1“ droht teilweise eine außenpolitische Spaltung der EU, wenn chinesische Interessen berührt sind (vgl. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wie-china-seinen-einfluss-auf-europa-ausweit-15532515.html>).

Beim „16 plus 1“-Gipfel in Budapest 2017 erklärte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán: „Wir sehen die Belt-and-Road-Initiative des chinesischen Präsidenten als neue Form der Globalisierung“ (<https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/article/schluss-mit-der-scheinheiligkeit>). Doch eine Globalisierung chinesischer Prägung ist nach Ansicht der Fragesteller nicht in Europas Interesse. Nur ein regelbasierter Welthandel kann auch ein fairer Handel sein.

Was als Handelskonflikt zwischen den USA und China begann, ist im Kern ein Kampf um globale ökonomische Dominanz. Dieser neue kalte Wirtschaftskrieg belastet zunehmend auch die Weltwirtschaft (<https://www.nytimes.com/2019/10/11/opinion/china-trade.html>). Die Europäische Union als größter Binnenmarkt der Welt hat nach Auffassung der Fragesteller darauf bisher keine eigenständige Antwort gefunden. Der Internationale Währungsfonds mahnt an, Handelsstreitigkeiten zu lösen. Dazu sei „multilaterale Zusammenarbeit [...] unverzichtbar“ (<https://www.tagesschau.de/ausland/iwf-prognose-handelsstreit-usa-china-101.html>). Allerdings greifen die Streitfragen zwischen den USA und China weit über Handelskonflikte hinaus.

Die multilaterale Ordnung steht heute unter erheblichem Druck. In öffentlichen Verlautbarungen bekennen sich VertreterInnen Chinas zwar offensiv zum Multilateralismus (vgl. z. B. <https://www.nzz.ch/international/brauchen-multilateralismus-mehr-denn-je-haben-china-und-die-usa-bei-der-uno-die-rollen-getauscht-ld.1435749>). Hier gilt es aus Sicht der Fragesteller, sie beim Wort zu nehmen. Doch das verstärkte chinesische Engagement in den Vereinten Nationen (VN) wird auch genutzt, um Kritik an der menschenrechtlichen Situation in China zu verhindern und sich für uneingeschränkte nationale Souveränität einzusetzen (https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2018/09/FP_20181009_china_human_rights.pdf) sowie die internationale anerkannte Universalität der Menschenrechte durch ein Narrativ zu ersetzen, demzufolge wirtschaftliche Entwicklung Vorrang vor der Umsetzung universeller Menschenrechte habe (<https://www.gppi.net/2018/12/10/will-china-dare-challenge-the-universal-declaration-of-human-rights>).

Im Bereich der Internetgovernance versucht China gemeinsam mit anderen Staaten zunehmend, die Rolle von Formaten der internationalen Standardsetzungen wie z. B. dem Internet-Governance-Forum (IGF) der Vereinten Nationen zurückzudrängen. Gleichzeitig bemüht sich die Volksrepublik, über intergouvernementale Foren (u. a. die International Telecommunication Union (ITU)) Maßnahmen durchzusetzen, die den Zugang, die Stabilität und die Offenheit des Internets gefährden (<https://www.swp-berlin.org/10.18449/2019S12/>).

Zur Vorbereitung auf den EU-China-Gipfel 2020 in Leipzig gehört auch der Rückblick auf den Gipfel 2019. In Brüssel wurde von chinesischer Seite ein Entgegenkommen in Wirtschafts- und Handelsfragen angekündigt, u. a. ein erleichterter Marktzugang, Investitionsschutz und ein Ende des erzwungenen Technologietransfers. Doch Berichten zufolge zeigt sich der deutsche EU-Botschafter „enttäuscht“ von der bisherigen Umsetzung, da „China sich nicht bewegt habe“ (<https://www.handelsblatt.com/politik/international/marktoeffnung-handelsgespraechе-stocken-spannungen-zwischen-eu-und-china-koennten-groesser-werden/25248560.html>). In den seit 2013 laufenden zähen Verhandlungen mit China über ein Investitionsabkommen muss, wie EU-Kommissar Phil Hogan betonte, Substanz vor Geschwindigkeit gehen (<https://www.scmp.com/news/china/diplomacy/article/3036796/china-set-make-new-offer-eu-agriculture-chief-phil-hogan>). Reziprozität muss künftig das zentrale Prinzip der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen sein.

Die neue chinesische Machtprojektion ist bisher primär ökonomisch. Aber im Südchinesischen Meer lässt sich beobachten, wie China seinen Ansprüchen auch militärisch Ausdruck verleiht. Gemäß dem Weißbuch zur Verteidigungspolitik von 2019 strebt China nicht nach „Expansion“. Doch bereits 2017 hatte das Land in Dschibuti seine erste Militärbasis im Ausland eröffnet. Berichten zufolge sind weitere im Gespräch (<https://www.spiegel.de/politik/ausland/chinas-militaerstrategie-die-macht-die-frieden-will-und-konflikte-schafft-a-1278976.html>).

Diese vielfältigen Veränderungen haben Auswirkungen auf Europa. Das europäisch-chinesische Verhältnis wird komplexer. China ist nach Ansicht der Fragesteller für die EU heute gleichzeitig Partner, Konkurrent und Systemrivale. Im Umgang mit einem China im Wandel darf die EU sich nicht spalten lassen – sie darf sich aber auch nicht selbst spalten. Bei der Mitgestaltung und Realisierung eines europäischen China-Konsenses ist Deutschland als größte Volkswirtschaft der EU und Chinas wichtigster europäischer Handelspartner aus Sicht der Fragesteller besonders in der Pflicht. Nationale Alleingänge schwächen die europäische Position gegenüber China. Nötig ist eine gemeinsame europäische China-Politik – wertebasiert und realistisch.

Wir fragen die Bundesregierung:

Vorbereitung EU-China-Gipfel 2020, Leipzig

1. Inwiefern passt die Bundesregierung ihre China-Politik und ihre politischen Instrumente (z. B. Dialogformate) infolge der oben genannten Veränderungen an und bettet sie strategischer in die EU-China-Politik ein?
2. Wie plant die Bundesregierung mit europäischen Institutionen, insbesondere der neuen EU-Kommission und EU-Ratspräsident Charles Michel, die inhaltliche und politische Vorbereitung des EU-China-Gipfels in Leipzig zu koordinieren?
3. Bereitet die Bundesregierung anlässlich des EU-China-Gipfels im September 2020 eine Reihe getrennter Abkommen oder ein übergreifendes Abkommen vor?
4. Wann finden die nächsten deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen statt, und inwiefern werden sie mit Blick auf die zwei EU-China-Gipfel 2020 in die EU-China-Politik eingebettet?
5. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung für eine gemeinsame EU-Politik gegenüber China?

Energie, Klima, Nachhaltigkeit

6. Welche klimapolitischen Verhandlungspunkte plant die Bundesregierung für den EU-China-Gipfel in Leipzig zu setzen, sowohl für die internationalen Verhandlungen als auch für die konkrete Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen?
7. Inwiefern berücksichtigt die Bundesregierung den von der Kommission vorgestellten European Green Deal bei der Vorbereitung des EU-China-Gipfels in Leipzig?
8. Inwieweit bezieht die Bundesregierung in der Vorbereitung und Durchführung des EU-China-Gipfels in Leipzig und den begleitenden Abkommen die Umsetzung von Artikel 2.1c des Pariser Klimaschutzabkommens mit ein?
9. Welche Konsequenzen sind aus Sicht der Bundesregierung nötig, um die zwischen Emmanuel Macron und Xi Jinping vereinbarte Absicht umzusetzen, das Pariser Abkommen „unumkehrbar“ zu machen (<https://www.zdf.de/nachrichten/heute/klimaabkommen--unumkehrbar--paris-und-pekimg-stehen-zu-vertrag-100.html>)?
10. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, auch gemeinsam mit ihren europäischen Partnern, um China bei der Umsetzung der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens und des Montreal-Protokolls zu unterstützen?

11. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über Dekarbonisierungsstrategien der chinesischen Regierung?
12. Welche Kooperationen unterhält und plant die Bundesregierung mit China bei Ausbau und Entwicklung Erneuerbarer Energien?
13. Welchen Austausch unterhält und plant die Bundesregierung zur Klimawirkung der chinesischen Kohleverstromung?
14. Inwiefern setzt sich die Bundesregierung auf EU-Ebene und mit Mitgliedstaaten oder Beitrittskandidaten dafür ein, den von China angebotenen Finanzierungsmöglichkeiten von Kohlekraftwerken wie z. B. in Serbien und Bosnien erneuerbare Alternativen entgegenzusetzen (https://bankwatch.org/wp-content/uploads/2019/12/China-Balkans-briefing_Dec-2019.pdf und <http://www.theguardian.com/world/2019/apr/25/belt-and-road-summit-puts-spotlight-on-chinese-coal-funding>)?
15. Wie ordnet die Bundesregierung die Rolle Chinas im Bereich der Elektromobilität ein, und welche Konsequenzen, insbesondere industrie- und klimapolitischer Natur, erwartet die Bundesregierung aus veränderten Förderbedingungen (<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/china-schwache-batterie-1.4724175>) für Elektroautos einerseits und synthetische Kraftstoffe oder Wasserstoff andererseits?
16. Ist der Bundesregierung bekannt, dass nach einer Studie des World Resources Institute (WRI) die meisten chinesischen Investitionen im Energie- und Transportsektor in 31 Ländern, die an der Belt and Road Initiative teilnehmen, zwischen 2014 und 2017 die Erschließung und Nutzung fossiler Energieträger finanzierten (<https://wriorg.s3.amazonaws.com/s3fs-public/moving-green-belt-and-road-initiative-from-words-to-actions.pdf>)?
Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Kritik, dass diese Investitionen den Weg in die „falsche Richtung“ vorzeichnen (<https://nationalinterest.org/feature/chinas-belt-and-road-plan-destroying-world-74166>)?
17. Wie positioniert sich die Bundesregierung zu dem Vorstoß der EU-Kommissionspräsidentin Dr. Ursula von der Leyen zur Einführung einer CO₂-Grenzsteuer (Border Carbon Adjustment), insbesondere hinsichtlich der aktuellen Krise der europäischen Stahlindustrie durch das Überangebot von stark subventioniertem chinesischem Stahl (https://www.deutschlandfunk.de/zwischen-china-und-den-usa-europas-problem-mit-dem-stahl-724.de.html?dram:article_id=401894)?
Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang aus der Forderung der IG Metall, eine „Green-Border-Tax“ einzuführen (www.igmetall.de/politik-und-gesellschaft/wirtschaftspolitik/industriepolitik/mahnwache-fuer-europaeischen-stahl)?
18. Wie ordnet die Bundesregierung die „Vorreiterrolle“ Chinas im Bereich der nachhaltigen Finanzprodukte (Green Finance) (<https://www.dena.de/newsroom/gruen-in-china-investieren/>) ein, und welche Auswirkung haben diese chinesischen Aktivitäten auf die Green-Finance-Strategie der Bundesregierung?
 - a) Welches sind aus Sicht der Bundesregierung die bedeutsamsten Unterschiede zwischen den Definitionen und Standards für Green-Finance-Instrumente der EU und Chinas?
 - b) Welche Elemente der chinesischen Green-Finance-Strategie sieht die Bundesregierung als umsetzbar auf EU-Ebene?

- c) Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der aktuelle Stand der Kooperation im Bereich Green Finance zwischen der EU und China?
 - d) Welche gemeinsamen Initiativen oder konkreten Projekte werden hierzu nach Kenntnis der Bundesregierung bereits umgesetzt?
19. Inwiefern setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass das Thema Biodiversität beim EU-China-Gipfel in Leipzig adressiert wird?
- a) Welche Unterthemen sollten dabei aus Sicht der Bundesregierung im Fokus stehen?
 - b) Welche Rolle soll das Thema Meeresschutz spielen?
20. Welche entscheidenden Differenzen hat die Bundesregierung in Bezug auf die Verhandlungspositionen der EU und Chinas im Vorfeld der 15. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) identifiziert, und welchen Stellenwert nimmt der EU-China-Gipfel in den Planungen der Bundesregierung ein, um diese Differenzen zu adressieren?
21. Welche Strategie verfolgt die Bundesregierung, um die Blockade Chinas bei internationalen Prozessen zum Meeresschutz (wie z. B. im Rahmen der Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis (CCAMLR), des Seerechtsübereinkommens (UNCLOS) und des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD)) zu adressieren und ein Umdenken zu bewirken?
22. Sind der Bundesregierung durch ihre weltweiten Förderprojekte (Internationale Klimaschutzinitiative, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, Kreditanstalt für Wiederaufbau etc.) Infrastrukturprojekte der Volksrepublik China bekannt, welche einzelne Welterbestätten in ihrem UNESCO-Status bedrohen, und wenn ja, welche (mit der Bitte um Aufschlüsselung in Kultur- und Naturerbe)?

Handel, Investitionen, Landwirtschaft, bilaterale Verträge

23. Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Stand der Umsetzung der Vereinbarungen aus der gemeinsamen Erklärung des 21. EU-China-Gipfels?
- Wie nimmt die Bundesregierung die Fortschritte wahr vom dem Hintergrund der Einschätzung einer EU-Kommissionsvertreterin von Anfang Oktober 2019, diese seien seit dem letzten EU-China-Gipfel 2019 „relativ bescheiden“, denn China „zeige nur begrenztes Engagement“ (<https://www.handelsblatt.com/politik/international/marktoeffnung-handelsgespraeche-stocken-spannungen-zwischen-eu-und-china-koennten-groesser-werden/25248560.html>)?
24. Unterstützt die Bundesregierung die Position der EU-Kommission, dass beim CAI Substanz vor Geschwindigkeit gehe (<https://www.scmp.com/news/china/diplomacy/article/3036796/china-set-make-new-offer-eu-agriculture-chief-phil-hogan>), und wenn nein, warum nicht?
- a) Wie ist der weitere Zeitplan für die Verhandlungen über das Investitionsschutzabkommen mit China und
 - b) bis wann strebt die Bundesregierung eine politische Einigung an und
 - c) bis wann strebt nach Kenntnis der Bundesregierung die EU-Kommission eine politische Einigung an?
 - d) Welche Bereiche wird das Investitionsschutzabkommen mit China nach Kenntnis der Bundesregierung abdecken?

- e) Wurde über einzelne Teile des Abkommens bereits Einigkeit erzielt, und wenn ja, über welche?
 - f) Welche Risiken sieht die Bundesregierung z. B. mit Blick auf chinesische Staatsunternehmen als Investoren in Europa, und welche Mechanismen zum Schutz vor diesen Risiken wären aus Sicht der Bundesregierung wichtig?
 - g) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, inwiefern CAI und FDI Screening zusammenwirken sollen bzw. können?
 - h) Sind in den Abkommen Menschenrechts- und Klimaschutzklauseln vorgesehen, und wenn ja, wie sind diese ausgestaltet, und wenn nein, warum nicht?
 - i) Unterstützt die Bundesregierung aktiv die zügige Einführung eines wirksamen International Procurement Instrument durch die EU?
25. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren die Reziprozität beim Marktzugang zwischen der EU und China allgemein entwickelt?
- a) In welchen Sektoren gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren Fortschritte beim Zugang zum chinesischen Markt für europäische Unternehmen?
 - b) In welchen Sektoren gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren Rückschritte beim Zugang zum chinesischen Markt für europäische Unternehmen?
 - c) In welchen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in China formelle Zugeständnisse beim Marktzugang durch nachgelagerte praktische Hürden ganz oder teilweise wieder ausgehebelt?
 - d) Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Stand der in der gemeinsamen Erklärung des 21. EU-China-Gipfels vereinbarten Aussetzung von Technologietransfers als Bedingung für den Marktzugang in China?
26. Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Stand bei der Umsetzung des am 10. April 2019 in Kraft getretenen EU-Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen, der bis zum 10. Oktober 2020 vollständig angewendet werden soll (https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_19_2088)?
- a) In wie vielen Mitgliedsstaaten wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bereits förmliche Kontaktstellen eingerichtet, damit ein Austausch von Informationen und Analysen stattfinden kann, und wurde eine solche Kontaktstelle bereits bei der Bundesregierung und bei der EU-Kommission eingerichtet?
 - b) Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Stand bei der Schaffung sicherer Kanäle zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission für den Austausch von Informationen über ausländische Direktinvestitionsgeschäfte, und können diese bis zum 10. Oktober 2020 geschaffen werden?
 - c) Wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bereits Verfahren eingeführt, damit die Mitgliedstaaten und die Kommission rasch auf Bedenken im Zusammenhang mit ausländischen Direktinvestitionen reagieren und Stellungnahmen abgeben können, und wenn ja, wie sind diese ausgestaltet?

- d) Was sind nach Kenntnis der Bundesregierung „relevante Partnerländer“ bei der Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen, und wie ist die Zusammenarbeit in diesem Bereich ausgestaltet (https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_19_2088)?
 - e) Ist nach Kenntnis der Bundesregierung eine weitere Verschärfung des EU-Screeningmechanismus geplant?
 - f) Setzt sich die Bundesregierung im Rat der EU dafür ein, die Empfehlungen der EU-Kommission im Rahmen des EU-Screeningmechanismus an die Mitgliedstaaten verbindlich auszugestalten, so dass diese von den Mitgliedstaaten zwingend umgesetzt werden müssen?
27. Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Stand des EU-China-Kooperationsplans im Bereich Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums (und des alle zwei Jahre stattfindenden Agrardialogs), insbesondere mit Blick auf
- a) Nachhaltigkeit,
 - b) ökologische Landwirtschaft,
 - c) die Entwicklung des ländlichen Raums sowie
 - d) Forschung und Entwicklung?
28. Welche Schritte unternimmt die Bundesregierung, um im Rahmen der europäischen Konnektivitätsstrategie aktiv für Kooperationen mit eurasischen Partnern und südost-, süd- und ostasiatischen Partnern zur ökologischen Transformation zu wirken?
- a) Welche Bedeutung misst die Bundesregierung in diesem Zusammenhang dem entsprechenden Abkommen zwischen der EU und Japan zu?
29. Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Stand der Arbeit der EU-China-Arbeitsgruppe zur WTO-Reform?
- a) Welche Vorschläge wurden seit dem EU-China-Gipfel am 9. April 2019 erarbeitet, gerade auch in Bezug auf die Einschränkung staatlicher Subventionspolitik, deren Wichtigkeit die EU auf dem Gipfel hervorgehoben hatte?
 - b) Wie bewertet die Bundesregierung die Einschätzung des deutschen EU-Botschafters, dass es keine Fortschritte gebe, „da China sich nicht bewegt habe“ (<https://www.handelsblatt.com/politik/international/marktoeffnung-handelsgespraechen-stocken-spannungen-zwischen-eu-und-china-koennten-groesser-werden/25248560.html>)?
30. Wie bewertet die Bundesregierung, vor dem Hintergrund, dass China seit Beginn des amerikanisch-chinesischen Handelsstreits 2018 das zu erwartende Exportdefizit mit der Abwertung des Renminbi um mehr als 7 Prozent abgedeckt hat (vgl. <https://www.merics.org/de/blog/pricey-currency-exchange-0>) – mit adversen Effekte etwa auf Investitionen im Ausland und Preise für Importgüter –, die Effekte der chinesischen Währungspolitik auf
- a) die Stabilität des Euro,
 - b) das deutsch-chinesische Handelsvolumen?

31. Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der aktuelle Stand des EU-Konzeptes zum Schutz der digitalen Infrastruktur (<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/policies/cybersecurity#usefullinks>)?
- Wie bewertet sie die vorgeschlagenen koordinierten Maßnahmen zum Schutz der digitalen Infrastruktur bezüglich ihrer EU-weiten Umsetzbarkeit bei der Einführung von 5G-Netzen?
 - Wie stellt die Bundesregierung bei der Prüfung potentieller Gefahren für die Integrität digitaler Infrastrukturen und Geräte in Europa sicher, dass neben technischen auch rechtliche und weitere sicherheitsrelevante Aspekte für den Schutz von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit einbezogen werden?
 - Wie stellt die Bundesregierung bei der Prüfung potentieller Gefahren für die Integrität digitaler Infrastrukturen und Geräte in Europa sicher, dass die Produktionsprozesse, rechtlichen Rahmenbedingungen in China und die Vertrauenswürdigkeit berührende Verbindungen von Unternehmen zu Regierungen berücksichtigt werden?
32. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Drohungen eines chinesischen Diplomaten in Deutschland mit weitreichenden Konsequenzen für die Wirtschaftsbeziehungen und für deutsche Firmen in China, sollte die Bundesregierung beim Ausbau des 5G-Netzes auf Komponenten von Huawei verzichten (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 6. Januar 2020 „Unverhohlen“, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/handelspolitik-unverhohlen-1.4745977>)?
33. Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der chinesischen KI-Strategie, insbesondere der Zielsetzung der chinesischen Regierung, bis 2025 die weltweite Führungsposition bei KI zu übernehmen und den Wert der KI-Industrie des Landes auf 51 Mrd. Euro bzw. verbundener Industriezweige auf 635 Mrd. Euro zu steigern (<https://www.newamerica.org/cybersecurity-initiative/digichina/blog/full-translation-chinas-new-generation-artificial-intelligence-development-plan-2017/>), und welche Rolle spielt der Austausch zu Künstlicher Intelligenz in den deutsch-chinesischen Beziehungen?
- Inwieweit erachtet die Bundesregierung die chinesische KI-Strategie und die daraus abgeleiteten Maßnahmen mit den Zielen der deutschen KI-Strategie, diese Technologie ethisch, rechtlich, kulturell und institutionell derart einzubetten, dass gesellschaftliche Grundwerte und individuelle Grundrechte gewahrt bleiben und die Technologie der Gesellschaft und dem Menschen dient, für vereinbar, und erwachsen aus den Unterschieden aus Sicht der Bundesregierung Konflikte, und wenn ja welche?
 - Sind nach Auffassung der Bundesregierung praktische Schritte und gegebenenfalls neue Instrumente erforderlich, und wenn ja welche und auf welcher Ebene, um zu verhindern, dass deutsche und europäische digitale Technologie in China genutzt wird, um den „Überwachungsstaat“ (Human Rights Watch, <https://www.tagesschau.de/ausland/human-rights-watch-china-101.html>) und die Verletzung von Menschenrechten zu unterstützen?

34. Wie bewertet die Bundesregierung die Maßnahmen Chinas mit der Aktion „3-5-2“ bis 2022 „ausländische“ Hard- und Software in chinesischen Behörden innerhalb der nächsten drei Jahre komplett durch chinesische Eigenproduktionen zu ersetzen (vgl. heise online vom 9. Dezember 2019 „Chinas Behörden sollen wohl auf ausländische Computer verzichten“, <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Chinas-Behoerden-sollen-wohl-auf-auslaendische-Computer-verzichten-4608294.html>)?
35. Welche Herausforderungen ergeben sich aus Sicht der Bundesregierung durch den Umstand, dass China den afrikanischen Staaten ein nach Auffassung der Fragesteller nichtdemokratisches wirtschaftliches Entwicklungsmodell – vermeintlich ohne Konditionalitäten – anbietet (<https://www.nzz.ch/meinung/peking-exportiert-sein-entwicklungsmodell-und-seinewerte-dazu-ld.1417054>), vor dem Hintergrund der EU-Ratspräsidentschaft für die
- a) menschenrechtspolitischen Bestrebungen der EU/Deutschlands,
 - b) klimapolitischen Bestrebungen der EU/Deutschlands,
 - c) entwicklungspolitische Bestrebungen der EU/Deutschlands,
 - d) wirtschaftlichen Bestrebungen der EU/Deutschlands und
 - e) sicherheitspolitischen Bestrebungen der EU/Deutschlands?
36. Haben sich die Erwartungen an die Asiatische Infrastrukturinvestmentbank (AIIB), „nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Asien zu fördern sowie die regionale Kooperation in enger Zusammenarbeit mit bestehenden bi- und multilateralen Entwicklungsinstitutionen zu stärken“ (https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Internationales_Finanzmarkt/Internationale_Finanzpolitik/Entwicklungsbanken/Andere_MDB/AIIB.html), aus Sicht der Bundesregierung bisher erfüllt?
- a) Worin unterscheiden sich nach Einschätzung der Bundesregierung die Standards der AIIB von denen der BRI, insbesondere im Hinblick auf Menschenrechte und Umweltschutz?
 - b) Hält die Bundesregierung die Standards der AIIB für ausreichend?
 - c) Setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass die Zivilgesellschaft bei der Diskussion um Umwelt- und Sozialstandards der AIIB sowie um das Beschwerdesystem substantiell einbezogen wird, und falls ja, in welcher konkreten Form?
37. Welche Rolle spielt China nach Kenntnis der Bundesregierung bei der Überschuldung und Verschuldung von Staaten weltweit und insbesondere in Afrika (<https://www.dw.com/de/china-in-afrika-gute-kreditgeber-schlechte-kreditgeber/a-47540577>), welche Auswirkungen hat die chinesische Gläubigerpolitik nach Kenntnis der Bundesregierung auf diese Staaten im ökonomischen, ökologischen und sozialen Bereich, und plant die Bundesregierung, neue Entschuldungsinitiativen im Rahmen der G20 und des Leipziger Gipfels anzusprechen, und wenn ja in welcher Form?

Multilaterale Institutionen

38. Wie ordnet die Bundesregierung die Rolle Chinas bei den Verhandlungen zur Panafrikanischen Freihandelszone (AfCFTA) ein?

39. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu Vorwürfen des „Stimmenkaufs“ bei der Besetzung des Postens des Exekutivdirektors der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) (vgl. <https://www.sueddeutsche.de/politik/un-ein-riese-mit-globale-r-agenda-1.4505204>)?
40. Um welche Leitungsposten in den VN-Hauptorganen, VN-Nebenorganen, VN-Sonderorganisationen, VN-Programmen und -Fonds sowie Leitungsposten der Verwaltungen derselben haben sich von der Regierung in Peking unterstützte chinesische Kandidatinnen und Kandidaten nach Kenntnis der Bundesregierung zuletzt erfolgreich beworben (bitte aufschlüsseln)?
41. Welche Fälle sind der Bundesregierung bekannt, in denen der chinesische Einfluss in Afrika eine gemeinsame Position der Afrikanischen Union blockiert hat?
42. Welche Fälle sind der Bundesregierung bekannt, in denen der chinesische Einfluss auf nichtständige Mitglieder des VN-Sicherheitsrates Entscheidungen im Sicherheitsrat be- oder verhindert hat?
43. Welche Fälle sind der Bundesregierung bekannt, in denen eine direkte oder indirekte politische Einflussnahme der chinesischen Regierung auf Positionen der EU-Mitgliedstaaten eine gemeinsame EU-Position im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik be- oder verhindert hat (Entscheidungen des Europäischen Rates, des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“, des Rates „Auswärtige Angelegenheiten“, des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees, der Ratsarbeitsgruppen COHOM (Menschenrechte), COAFR (Afrika), COASI (Asien), Globale Abrüstung und Rüstungskontrolle, Internationale Umweltaspekte, COLAC (Lateinamerika und Karibik), Naher Osten und Golfstaaten, COEST (Osteuropa und Zentralasien), CONUN (Vereinte Nationen), COTRA (Transatlantische Beziehungen), COWEB (Westliche Balkanstaaten), RELEX (ReferentInnen für Außenbeziehungen) (bitte thematisch aufschlüsseln)?
44. Wie ordnet die Bundesregierung die Rolle Chinas ein bei der internationalen Regulierung des offenen und freien Internets und bei technischen Standardsetzungen, insbesondere vor dem Hintergrund einer Verschiebung der Zuständigkeiten weg von internationalen Multi-Stakeholder-Verhandlungen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft, wie dem VN-Internet-Governance-Forum, hin zu intergouvernementalen Foren wie der International Telecommunication Union (https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2019S12_job.pdf)?
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den Maßnahmen Chinas „Cyber Sovereignty“ durch eine „Great Firewall“ herzustellen, indem der Zugang zu internationalen Diensteanbietern technisch verhindert wird und der Zugang zum offenen weltweiten Netz erschwert wird (<https://netzpolitik.org/2019/china-will-auslaendische-it-aus-behoerden-verbannen/>)?
45. Mit welchen konkreten Maßnahmen wird sich die Bundesregierung, ihren z. B. im Rahmen der Freedom Online Coalition eingegangenen Verpflichtungen folgend, gegenüber China dafür einsetzen, dass die Freiheit des Internets, der Schutz von Menschenrechten, von JournalistInnen, von BloggerInnen und NutzerInnen von sozialen Netzwerken, von digitalen Infrastrukturen und der Privatheit von Kommunikation geachtet wird?

Menschenrechte

46. Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung, auch im Rahmen der EU, unternommen, damit China den „Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ ratifiziert, den es im Jahr 1998 unterzeichnet hat?
47. Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung, auch im Rahmen der EU, unternommen, damit China die Empfehlungen der VN-Menschenrechtsvertragsorgane implementiert?
48. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung zur Anzahl aktuell inhaftierter MenschenrechtsverteidigerInnen und MenschenrechtsanwältInnen in China?
49. Welche konkreten Anstrengungen hat die Bundesregierung, auch im Rahmen der EU, unternommen bezüglich Freilassungen chinesischer JournalistInnen und AktivistInnen?
50. Auf welche Weise setzt sich die Bundesregierung bilateral, gemeinsam mit EU-Mitgliedstaaten und in multilateralen Gremien für ein Moratorium der Vollstreckung der Todesstrafe in der Volksrepublik China ein?
51. Welche aktuellen Kenntnisse hat die Bundesregierung zur Organentnahme und -transplantation ohne die freie und informierte Zustimmung der Person, der die Organe entnommen werden, in China vor dem Hintergrund, dass Deutschland bereits im Zuge des Prüfverfahrens des VN-Menschenrechtsrates im November 2018 eine entsprechende Frage an China gerichtet hat (https://lib.ohchr.org/HRBodies/UPR/Documents/Session31/CN/AdvanceQuestionsChina_rev1.doc)?

Plant die Bundesregierung eine Gesetzesänderung dahingehend, dass deutschen Staatsangehörigen Organtransplantationen in China untersagt werden, um damit auch der WHO-Resolution 57.18 zur Eindämmung von Transplantationstourismus nachzukommen (http://apps.who.int/gb/ebwha/pdf_files/WHA57/A57_R18-en.pdf), und wenn nein, warum nicht?
52. Welche Informationen hat die Bundesregierung darüber, dass Zwangsarbeit mittlerweile ein integraler Bestandteil der staatlichen Maßnahmen zur Unterdrückung der muslimischen Minderheiten in Xinjiang ist (vgl. <https://www.csis.org/analysis/connecting-dots-xinjiang-forced-labor-forced-assimilation-and-western-supply-chains>)?
 - a) Wird die Bundesregierung gegenüber deutschen Unternehmen darauf drängen, dass diese in keiner Weise in ihren Geschäftstätigkeiten zu Nutznießern oder gar Beteiligten an der Unterdrückung der Uigurinnen und Uiguren und deren Ausbeutung durch Zwangsarbeit werden, und wenn ja, in welcher Form?
53. Welche Schritte unternimmt die Bundesregierung bislang und welche darüberhinausgehenden Maßnahmen hält sie für geboten, um sicherzustellen, dass in Zwangsarbeit produzierte Produkte nicht in die EU eingeführt werden und Verbraucherinnen und Verbraucher über deren Ursprung und Produktionsstandards informiert werden?
54. Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung auf bilateraler, EU- und multilateraler Ebene für geboten und angemessen, um darauf hinzuwirken, dass die weitreichende Autonomie der Sonderverwaltungszone Hongkong und die in der „Joint Declaration of the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Government of the People’s Republic of China on the Question of Hong Kong“ verbürgten Freiheitsrechte umfassend geachtet und geschützt werden?

55. Ist der Bundesregierung die U.S.-Initiative

- a) „H.R.1872 (Reciprocal Access to Tibet Act of 2018)“ bekannt, die vom US-Außenministerium jährliche Berichterstattung darüber fordert, inwiefern U.S.-Diplomatinnen und -Diplomaten, -Journalistinnen und -Journalisten und -Touristinnen und -Touristen durch die chinesischen Behörden Zugang zu tibetischen Gebieten gewährt wird, und plant die Bundesregierung eine ähnliche Maßnahme (bitte begründen),
- b) Hong Kong Human Rights and Democracy Act (<https://www.congress.gov/bill/116th-congress/senate-bill/1838/text>) bekannt und plant die Bundesregierung eine ähnliche Maßnahme (bitte begründen),
- c) Uyghur Human Rights Policy Act (<https://www.congress.gov/bill/116th-congress/house-bill/649?q=%7B%22search%22%3A%5B%22H.R.649%22%5D%7D&s=3&r=1>) bekannt, und plant die Bundesregierung eine ähnliche Maßnahme (bitte begründen)?

56. Wie, und mit welchem bisherigen Erfolg setzt sich die Bundesregierung für den Schutz und die Gewährleistung von Menschenrechten von EU-BürgerInnen in China ein (vgl. https://ec.europa.eu/commission/sites/bet-a-political/files/communication-eu-china-a-strategic-outlook_de.pdf)?

57. Wie sollte nach Auffassung der Bundesregierung die Kooperation der EU-Mitgliedsländer beim Schutz von EU-Bürgerinnen und -Bürgern wie z. B. im Fall Gui Minhai verstärkt werden?

Wie wird die Bundesregierung die Kooperation mit Partnerländern wie Kanada zum Schutz von deren Bürgerinnen und Bürgern verbessern?

58. Zu welchen konkreten Ergebnissen und Erkenntnissen hat der jährlich stattfindende Menschenrechtsdialog zwischen China und der EU, nach Kenntnis der Bundesregierung, bisher geführt?

- a) Inwiefern werden der EU-China-Menschenrechtsdialog und der deutsch-chinesische Menschenrechtsdialog sowohl inhaltlich als auch strategisch miteinander abgestimmt?
- b) Existiert zwischen den verschiedenen deutsch-chinesischen Dialogformaten der jeweils zuständigen Ressorts ein sogenannter Clearing-House-Mechanismus, um die Terminierung, den Inhalt der Tagesordnungen sowie die Ergebnisse der Dialogformate aufeinander abzustimmen?
- c) Hält die Bundesregierung es für sinnvoll, einen solchen einzurichten, falls dies bislang nicht der Fall sein sollte?
- d) Unter welchen Bedingungen hält die Bundesregierung eine Fortführung des 2019 seitens Pekings abgesagten deutsch-chinesischen Menschenrechtsdialogs für erstrebenswert?

Wurden entsprechende Voraussetzungen gegenüber der chinesischen Regierung vorgetragen, und wenn ja, welche Reaktion riefen sie hervor?

59. Gegen welche hochrangigen Funktionäre der Kommunistischen Partei Chinas, die laut dem Bericht „Eradicating Ideological Viruses“ von Human Rights Watch (September 2018, <https://www.hrw.org/report/2018/09/09/eradicating-ideological-viruses/chinas-campaign-repression-against-xinjiangs>) mitverantwortlich für die „Strike Hard Campaign“ in Xinjiang sind, wurden von der EU gezielte Sanktionen erhoben?

Um welche Sanktionen handelt es sich?

60. Inwiefern hat sich die Bundesregierung auf EU-Ebene für eine Prüfung der Implementierung von Sanktionen gegen Unternehmen eingesetzt, die direkt oder indirekt an Unterdrückungsmaßnahmen in Xinjiang beteiligt sind (<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/management/unterdrueckung-von-minderheiten-heikle-china-geschaefte-vw-basf-und-siemens-geraten-in-erklaerungsnot-/25270466.html?ticket=ST-8460329-54RhSBaU2WdamI2BPD6o-ap3>)?
61. Sind der Bundesregierung Einreiseverweigerungen gegen Mitglieder von Parlamenten, Ministerinnen und Minister und hochrangige Beamtinnen und Beamte von EU-Mitgliedstaaten seitens Chinas bekannt?
- Hält die Bundesregierung in diesem Zusammenhang reziproke Maßnahmen für sinnvoll?
 - Inwiefern setzt sie sich für eine EU-einheitliche Reaktion auf entsprechende Einreiseverbote ein?
62. Müssen nach Auffassung der Bundesregierung in Deutschland und auf EU-Ebene Maßnahmen ergriffen werden, um auch in Zukunft zu gewährleisten, dass in der EU tätige chinesische Unternehmen verpflichtet werden, deutsche und europäische Menschenrechts- und Datenschutzstandards einzuhalten, und wenn ja, welche (<https://www.datenschutzbeauftragter-info.de/tiktok-ein-hype-ohne-datenschutz/>; <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/leihfahrraeder-berliner-datenschuetzer-ermitteln-gegen-mobike/23741148.html>)?
63. Wie bewertet die Bundesregierung, sofern ihr entsprechende Erkenntnisse dazu vorliegen, die Rolle und das Verhalten der in Deutschland schnell wachsenden chinesischen Videoplattform „TikTok“
- hinsichtlich der Sperrung bzw. Drosselung von Inhalten, wenn diese gegen die privaten Unternehmensstandards verstoßen sollen, aber von Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention geschützten Meinungsfreiheit gedeckt sind,
 - hinsichtlich der allgemeinen Moderationsregelungen des Unternehmens für die eingestellten Inhalte,
 - hinsichtlich der Verarbeitung in China von personenbezogenen Daten von NutzerInnen aus der EU,
 - hinsichtlich der Einhaltung von Jugendschutzstandards?
64. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der zunehmenden Externalisierung chinesischer Zensur- und Überwachungsmaßnahmen, indem Peking Druck u. a. auf Unternehmen, Verlage, ParlamentarierInnen, Studierende im Ausland ausübt (vgl. u. a. <https://www.merics.org/de/china-monitor/chinas-public-diplomacy>; <https://www.sueddeutsche.de/politik/einflussnahme-auf-politiker-wie-chinesische-agenten-den-bundestag-ausspionieren-1.4042673>; <https://www.sueddeutsche.de/politik/hongkong-hamburg-protest-1.4580538>)?
- Welche Gegenmaßnahmen ergreift die Bundesregierung auf nationaler Ebene, und für welche setzte sie sich auf EU-Ebene ein?
65. Wie gewährleistet die Bundesregierung innerhalb Deutschlands und der EU die Sicherheit und Unversehrtheit von Personen(gruppen), die in China aufgrund ihrer Religion, Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen oder sozialen Gruppe, ihrer politischen Überzeugung oder aufgrund ihres Einsatzes für Menschenrechte verfolgt werden?

66. Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung mit ihrem nichtständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat und im VN-Menschenrechtsrat im Jahr 2020 zur Thematisierung von Menschenrechtsverletzungen in China?
- Ergreift die Bundesregierung Maßnahmen, um Verbündete Chinas im VN-Menschenrechtsrat von einer Verurteilung schwerster Menschenrechtsverletzungen in China zu überzeugen, und wenn ja, welche?
 - Ergreift die Bundesregierung Maßnahmen zur Unterstützung des ungehinderten Vortrags von chinakritischen NGOs vor dem VN-Menschenrechtsrat, v. a. in Fällen, in denen China solche Vorträge zu unterbinden oder zu stören versucht, und wenn ja, welche?
67. Liegen der Bundesregierung Informationen zum Export deutscher und europäischer Sicherheitstechnologien nach China vor, insbesondere in die Region Xinjiang?
- Welche Unternehmen sind nach Kenntnisstand der Bundesregierung beteiligt?
 - Welche Technologien und Technologiebestandteile wurden und werden nach China geliefert (bitte auflisten)?
 - Hat die Bundesregierung Bürgschaften für den Export von Überwachungs- und Sicherheitstechnologien deutscher Firmen übernommen (bitte auflisten)?
 - Sind der Bundesregierung Verstöße bezüglich des Exports von Überwachungs- und Sicherheitstechnologien deutscher Firmen nach China, ggf. auch über Drittstaaten, bekannt (bitte auflisten)?
68. Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung von Sozial-Kredit-Systemen in China, die auch auf ausländische Unternehmen angewandt werden?

Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus der entsprechenden Studie gezogen, die die European Chamber of Commerce 2019 publiziert hat (https://www.eurochamber.com.cn/en/press-releases/3045/european_chamber_report_on_china_s_corporate_social_credit_system_a_wake_up_call_for_european_business_in_china)?

- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung darüber, ob deutsche Unternehmen im Zusammenhang mit chinesischen Sozial-Kredit-Systemen auf sogenannten irregulären oder schwarzen Listen genannt sind, und welche Folgen hat eine solche Listung für ausländische Unternehmen und ihre rechtlichen VertreterInnen?
- Inwiefern und mit welchem Ergebnis setzt sich die Bundesregierung gegenüber der chinesischen Regierung dafür ein, dass Unternehmen und Individuen über Einträge auf irregulären oder schwarzen Listen informiert werden, um auf eine Stärkung der Rechtssicherheit und effektive Rechtsmittel hinzuwirken?
- Wie hat sich die Diskussion mit anderen EU-Mitgliedstaaten über Maßnahmen, um negative Auswirkungen des chinesischen Sozial-Kredit-Systems auf Individuen, Organisationen und Unternehmen entgegenzuwirken, seit November 2019 weiterentwickelt?

Welche Fortschritte wurden hinsichtlich einer einheitlichen europäischen Reaktion erzielt (vgl. Bundestagsdrucksache 19/14643)?

69. Welche deutschen Unternehmen haben nach Kenntnis der Bundesregierung Geschäftsbeziehungen in Xinjiang?

- a) Hält die Bundesregierung die Betätigung deutscher Unternehmen in Xinjiang aus menschenrechtlicher Perspektive für vertretbar?
- b) Welche Unterstützung bieten die Bundesregierung oder, nach Kenntnis der Bundesregierung, Institutionen wie z. B. die deutschen Außenhandelskammern kleinen und mittleren Unternehmen, damit diese eine informierte Entscheidung treffen können, um durch wirtschaftliche Partnerschaften, Verträge und Lieferbeziehungen nicht direkt oder indirekt Menschenrechtsverstöße in China zu fördern?

Hält die Bundesregierung eine solche Unterstützung für notwendig, falls sie oder andere Institutionen solche Unterstützung nicht bieten, und wenn nein warum nicht?

Sicherheitspolitik

70. Wie bewertet die Bundesregierung die Verschärfung des Taiwan-Konflikts und die Situation Taiwans vor dem Hintergrund einer verstärkten Betonung einer im Zweifel gewaltsamen Wiedereingliederung Taiwans, etwa im Weißbuch zur chinesischen Verteidigungspolitik von 2019 (vgl. <https://www.spiegel.de/politik/ausland/chinas-militaerstrategie-die-macht-die-frieden-will-und-konflikte-schafft-a-1278976.html>), und wiederholter Militärmanöver vor Taiwan (<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/fuer-schiffsverkehr-gesperrt-chinas-marine-haelt-manoever-vor-taiwans-kueste-ab-16310197.html>)?

Bemüht sich die Bundesregierung bilateral oder auf EU-Ebene um eine Vermittlung zwischen Peking und Taipeh?

71. Wie bewertet die Bundesregierung die Sicherheitslage in Südostasien vor dem Hintergrund, dass das US-Verteidigungsministerium verlautbaren ließ, die Vereinigten Staaten könnten nach dem Ende des INF-Vertrags prinzipiell Mittelstreckenraketen in Südostasien stationieren, und die chinesische Regierung daraufhin Gegenmaßnahmen angedroht hat (vgl. <https://www.handelsblatt.com/politik/international/inf-abruestungsvertrag-china-kuendigt-gegenmassnahmen-zu-us-mittelstreckenraketen-in-asien-an/24874360.html?ticket=ST-6477406-ReOKdmNQwfdU4FoPt6Jop3>)?

Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über den Stand der Bemühungen um ein Nachfolgeabkommen des INF-Vertrags, das auch China miteinbezieht?

72. Wie bewertet die Bundesregierung die Sicherheitslage im Südchinesischen Meer insbesondere vor dem Hintergrund der jüngsten Spannungen zwischen China und Vietnam (<https://www.scmp.com/news/asia/diplomacy/article/3042450/south-china-sea-vietnam-hopes-beijing-will-show-restraint-2020>) sowie China und Indonesien (<https://www.reuters.com/article/us-indonesia-china-southchinasea/indonesias-president-visits-island-in-waters-disputed-by-china-idUSKBN1Z710N>)?

73. Welche Formen von Präsenz plant die Bundesregierung nach der Ankündigung der Bundesministerin der Verteidigung Annegret Kramp-Karrenbauer, es sei an der Zeit, „dass Deutschland auch ein solches Zeichen [der Solidarität] setzt, indem wir mit unseren Verbündeten Präsenz in der Region [im Indo-Pazifischen Raum] zeigen“ (<https://www.bmvg.de/de/aktuelles/rede-der-ministerin-an-der-universitaet-der-bundeswehr-muenchen-146670>)?

Plant die Bundesregierung die Teilnahme an sogenannten Freedom of Navigation Operations im Südchinesischen Meer?

74. Wie ordnet die Bundesregierung Chinas Militärkooperationen in Afrika ein (<https://peacelab.blog/2019/07/jede-afrikastrategie-muss-china-mitdenken>), und welche Kooperationen im Sinne von Capacity Building (Lieferung von Ausrüstung und Waffen sowie militärische Ausbildung und Beratung) für afrikanische Staaten sind der Bundesregierung über die Vereinbarung Chinas mit der Afrikanischen Union (AU) zur Finanzierung der afrikanischen Standby Forces hinaus bekannt (bitte einzeln, nach Art der Unterstützung, Zielland/Zielorganisation, Datum, Umfang auflisten), insbesondere vor dem Hintergrund der von der Bundesregierung beschlossenen afrikapolitischen Leitlinien, nach denen die Bundesregierung die Förderung von Frieden, Sicherheit und Stabilität als oberstes Ziel ihrer Afrikapolitik definiert (<https://www.bundesregierung.de/brg-de/aktuelles/vertiefte-partnerschaft-mit-afrika-1594886>)?

75. Sind der Bundesregierung Berichte über militärische Aktivitäten Chinas an der tadschikisch-afghanischen Grenze und in Afghanistan bekannt (https://www.washingtonpost.com/world/asia_pacific/in-central-asias-for-bidding-highlands-a-quiet-newcomer-chinese-troops/2019/02/18/78d4a8d0-1e62-11e9-a759-2b8541bbbe20_story.html), und wie ordnet sie diese Aktivitäten vor dem Hintergrund des europäisch-chinesischen Bekenntnisses zur Zusammenarbeit beim afghanischen Friedensprozess ein (<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2019/04/09/>)?

a) Welche Kenntnis hat die Bundesregierung zum Stand der europäisch-chinesischen Zusammenarbeit bei der Koordination von friedensfördernden Aktivitäten in Afghanistan, wie sie auf dem EU-China Summit 2019 vereinbart wurden (<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2019/04/09/>)?

b) Welche Bemühungen hat die Bundesregierung unternommen, um die Kooperation mit China beim Wiederaufbau Afghanistans zu realisieren, wie bei den vierten deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen 2016 vereinbart (<https://www.bundesregierung.de/brg-de/aktuelles/gemeinsame-erklaerung-anlaesslich-der-4-deutsch-chinesischen-regierungskonsultationen-605986>)?

c) In welchen afghanischen Regionen wurden und werden aktuell welche Projekte mit welcher Kostenteilung gemeinsam realisiert (bitte auflisten)?

76. Wie viele bilaterale deutsch-chinesische Treffen zum Thema Cybersicherheit fanden seit der Vereinbarung jährlicher Treffen 2016 statt, und welche Vertreter beider Regierungen haben daran teilgenommen?

Welche Themen wurden besprochen und welche Ergebnisse erzielt?

77. Wie häufig wurde der zwischen dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und dem chinesischen Ministerium für öffentliche Sicherheit eingerichtete Verbindungskanal für Cybersicherheit jeweils von deutscher und chinesischer Seite genutzt?
- Hat der Verbindungskanal sich aus Sicht der Bundesregierung bislang als geeignetes, effektives Instrument erwiesen?
 - In welchen Angelegenheiten wurde der Verbindungskanal bislang genutzt?
 - Wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Weitergabe sensibler Informationen zur Cybersicherheit an die Volksrepublik China?
78. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung zum aktuellen Stand der Verhandlungen um das bereits für 2016 angekündigte deutsch-chinesische No-Spy-Abkommen?
- Welche Informationen besitzt die Bundesregierung zur Wirksamkeit und zu bisherigen Anwendungsfällen der EU-Sanktionsregelungen gegen Cyberangriffe?
79. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über das Vorkommen chinesischer Cyberattacken 2019?
- Welche Informationen besitzt die Bundesregierung über die Aktivitäten chinesischer Hackerguppen wie „Stone Panda“ und „Comment Crew“ und ihre Beziehungen zu chinesischen staatlichen Organen und Unternehmen?
 - Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Häufigkeit chinesischer Cyberattacken in Deutschland insgesamt, die Ziele der Attacken und den Umfang der durch sie geschädigten Unternehmen, Behörden, Ministerien und des deutschen Bundestages (bitte auflisten)?
80. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Anwerbungsversuche chinesischer Nachrichtendienste in der Bundesrepublik Deutschland seit 2010?
81. Wie viele Verfahren und/oder Beobachtungsvorgänge werden derzeit und wurden seit 2010 beim Generalbundesanwalt (GBA) wegen Straftaten der §§ 94 bis 100a StGB im Zusammenhang mit der Volksrepublik China geführt?
- In wie vielen Fällen kam es zu einer Verurteilung (bitte nach Jahren, Straftatbeständen und Verurteilungen bzw. Freisprüchen oder Einstellungsgründen auflisten)?
82. Ist eine Sicherheitskooperation zwischen Deutschland oder der EU und China geplant in den Bereichen
- Ausbildungshilfe,
 - Entwicklungszusammenarbeit,
 - Zivile Krisenprävention,
 - Staats- und Institutionenaufbau,
 - Non-Proliferation und Abrüstung und
 - Terrorismusbekämpfung?

Belt and Road Initiative (BRI)

83. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die politischen sowie die ökonomischen Risiken der BRI für China und die Zielländer?
84. Welche Kooperationsmöglichkeiten und Konfliktpotentiale sieht die Bundesregierung mit China im Bereich Infrastrukturausbau in
- Regionen der BRI,
 - Nordafrika,
 - Subsahara Afrika,
 - Südostasien,
 - Zentralasien,
 - Südosteuropa,
 - Mittel- und Südamerika?
85. Welche Kooperationsmöglichkeiten und Konfliktpotentiale mit China im Hinblick auf die Setzung von Klima-, Umwelt-, Menschenrechts- und Arbeitsstandards sieht die Bundesregierung in BRI-Regionen?
86. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Schätzung der Asiatischen Entwicklungsbank, dass in Asien jedes Jahr 1700 Mrd. US-Dollar für Infrastrukturinvestitionen fehlen (<https://www.adb.org/publications/asia-infrastructure-needs>)?
- Welche Möglichkeiten einer Stärkung der Handelsbeziehungen und Investitionen mit BRI-Regionen (insbesondere in Afrika und SOA) sieht die Bundesregierung?
87. Wie bewertet die Bundesregierung die stark gestiegene Verschuldung aufgrund von BRI-Krediten (<https://qz.com/1223768/china-debt-trap-these-eight-countries-are-in-danger-of-debt-overloads-from-chinas-belt-and-road-plans/>) gerade von afrikanischen und südostasiatischen Ländern, auch vor dem Hintergrund der nach Auffassung der Fragesteller immens gestiegenen chinesischen Staatsverschuldung (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167167/umfrage/staatsverschuldung-von-china-in-relati-on-zum-bruttoinlandsprodukt-bip/>)?
88. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Warnung von Bundesminister Dr. Gerd Müller, dass sich Entwicklung- und Schwellenländer nicht von chinesischen Krediten abhängig machen sollten, da diese in Bezug auf Schuldenhöhe und Kreditbedingungen häufig „sehr intransparent“ seien (<https://www.dw.com/de/minister-m%C3%BCller-warnt-vor-chinas-krediten/a-47107519>)?
89. Wie ordnet die Bundesregierung den Ausbau der „strategischen Zusammenarbeit“ zwischen Russland und China ein, u. a. die Ankündigung, zukünftig verstärkt auf Basis der nationalen Währungen Rubel und Yuan fakturieren und dazu ein Abrechnungssystem analog zu SWIFT einrichten zu wollen (<https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/russland/russland-und-china-bauen-strategische-zusammenarbeit-aus-156106>), erwartet die Bundesregierung dadurch Auswirkungen im Hinblick auf Standardsetzung, und wenn ja welche?
90. Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den potentiellen Erweiterungsplänen der „neuen Seidenstraße“ in der Arktis (<https://www.dw.com/de/china-will-polare-seidenstra%C3%9Fe-in-der-arktis-bauen/a-42319991>), auch vor dem Hintergrund der Leitlinien deutscher Arktispolitik?

91. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über BRI-Projekte in Deutschland?
92. Wie bewertet die Bundesregierung angesichts der Risiken der chinesischen Währungs- und Finanzpolitik die chinesischen Investitionen in den Duisburger Hafen bezüglich ihrer sozioökonomischen Nachhaltigkeit für die Region Duisburg und das Ruhrgebiet vor dem Hintergrund der Aussage der damaligen Leiterin der Abteilung Asien-Pazifik im Auswärtigen Amt, dass solche Projekte „sozioökonomisch nachhaltig“ sein müssen (<https://www.dw.com/de/die-deutsche-sicht-auf-chinas-seidenstra%C3%9Fe/a-39687602>)?
93. Inwiefern partizipieren deutsche Firmen nach Kenntnis der Bundesregierung an BRI-Projekten (bitte nach Firmen, Ländern und Projekten auflisten)?

Wissenschaft, Forschung, Zivilgesellschaft

94. Wie ist aus Sicht der Bundesregierung die Bedrohungs- und Gefährdungslage für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in China, und inwiefern besteht eine besondere Gefährdungslage für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bestimmter Disziplinen bzw. durch die wissenschaftliche Beschäftigung mit bestimmten Themen und Forschungsfragen?
95. In welcher Form äußern sich die Versuche, „sowohl chinesische Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland als auch deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die zu China forschen, in ihrem Handeln zu beeinflussen“ (vgl. Bundestagsdrucksache 19/11839), und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung unternommen, um diese Versuche abzuwehren und die Betroffenen zu schützen?

Inwiefern hat die Bundesregierung derartige Versuche von Einflussnahme gemeinsam mit anderen EU-Staaten thematisiert, und inwiefern wird sie sich für ein gemeinsames europäisches Vorgehen zum Schutz der Wissenschaftsfreiheit einsetzen?
96. Welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung über die (Co-)Finanzierung von Professuren und Forschungseinrichtungen durch die chinesische Regierung in Deutschland (vgl. <https://www.tagesspiegel.de/wissen/eine-art-ideen-waesche-erste-deutsche-unis-ueberdenken-umstrittene-konfuzius-institute/25360796.html>) und der EU, und inwiefern sollten solche Beteiligungen nach Ansicht der Bundesregierung transparent gemacht werden?
97. Inwiefern sollten nach Ansicht der Bundesregierung nicht verhandelbare „Rote Linien“ in der Wissenschaftskooperation mit China, etwa hinsichtlich Rechtsstaatlichkeit, Wissenschaftsfreiheit, gesellschaftlicher Legitimation oder Gleichberechtigung der Kooperationspartner, politisch definiert werden, um rechtliche, ethische und wissenschaftspraktische Mindeststandards in der Zusammenarbeit zu sichern?

98. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der überwiegend einseitigen Mobilität chinesischer Studierender und Forschender nach Deutschland gegenüber der verhältnismäßig weniger deutscher Studierender und Forschender nach China (http://www.wissenschaftweltoffen.de/publikation/wiwe_2018_verlinkt.pdf)?
- a) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit 2013 angestoßen, um das Interesse an China zu erhöhen, und
 - b) auf den Abbau von Hürden und Problemen für Studien- und Forschungsaufenthalte in China seitens der chinesischen Behörden hinzuwirken?
99. Wie beurteilt die Bundesregierung die Beschränkung des Handlungsrahmens ausländischer NGOs in China und insbesondere die Lage der deutschen politischen Stiftungen in China (<https://www.sueddeutsche.de/politik/exklusiv-wie-china-deutsche-stiftungen-drangsaliert-1.4045372>)?
100. Inwiefern setzt sich die Bundesregierung für gute Rahmenbedingungen des zivilgesellschaftlichen Austausches zwischen China und Deutschland ein?
- Welche konkreten Maßnahmen wurden seit Inkrafttreten des NGO-Gesetzes 2017 unternommen, durch das die Arbeitsmöglichkeiten deutscher Organisationen und Institutionen in China stark eingeschränkt werden (<https://www.sueddeutsche.de/politik/gesetze-in-china-deutsche-stiftungen-in-china-sind-technisch-illegal-1.3416071>)?

Berlin, den 14. Januar 2020

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

